

Jürgen Holtkamp

Flüchtlinge und Asyl

*Herausforderung – Chance –
Zerreißprobe*

topos premium

Über das Buch

Nahezu eine Million Menschen sind 2015 nach einer gefährlichen Flucht vor Krieg, Terror und Elend nach Deutschland gekommen und stellen uns vor eine außerordentliche Bewährungsprobe. Jürgen Holtkamp liefert wertvolle Informationen zu den Fluchtursachen und deren Bekämpfung, zu den rechtlichen Rahmenbedingungen und zu den politischen Handlungsmöglichkeiten. Er erläutert die unterschiedlichen Positionen innerhalb der politischen Auseinandersetzung und zeigt, was getan werden müsste. Vor allem macht er deutlich, welche Chancen unserer Gesellschaft erwachsen, wenn wir den zu uns kommenden Menschen ein echtes Zuhause bieten. Und nicht zuletzt bietet sein Buch wertvolle Hilfen und Hinweise für das persönliche Engagement.

Über den Autor

Jürgen Holtkamp, geb. 1963; Dr. phil., Studium der Religionspädagogik und Erziehungswissenschaften; seit 2014 Abteilungsleiter beim Caritasverband für das Bistum Essen e. V., dort u. a. für Flucht und Migration zuständig und Geschäftsführer der Arbeitsgruppe Flüchtlingshilfe im Bistum Essen.

Verlagsgemeinschaft topos plus

Butzon & Bercker, Kevelaer
Don Bosco, München
Echter, Würzburg
Lahn-Verlag, Kevelaer
Matthias Grünewald Verlag, Ostfildern
Paulusverlag, Freiburg (Schweiz)
Verlag Friedrich Pustet, Regensburg
Tyrolia, Innsbruck

Eine Initiative der Verlagsgruppe engagement

www.topos-taschenbuecher.de

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN: 978-3-8367-0008-5

E-Book (PDF): ISBN 978-3-8367-5022-6

E-Pub: ISBN 987-3-8367-6022-5

2016 Verlagsgemeinschaft topos plus, Kevelaer

Das © und die inhaltliche Verantwortung liegen beim

Lahn-Verlag in der Butzon & Bercker GmbH, Hoogeweg 100, 47632 Kevelaer,
Deutschland, www.lahnverlag.de

Umschlagabbildung: Migrants walk to enter a transit camp after entering the country
by crossing the border with Greece in Gevgelija, Macedonia, November 9, 2015

Einband- und Reihengestaltung: Finken & Bumiller, Stuttgart

Satz: SATZstudio Josef Pieper, Bedburg-Hau

Herstellung: Friedrich Pustet, Regensburg

Printed in Germany

Inhalt

Vorwort	7
I. Flüchtlinge, Migranten und Zuwanderer	15
II. Christlich betrachtet	23
III. Auf der Flucht	31
IV. Ankommen	39
In der Warteschleife	41
Erstaufnahmeeinrichtung	45
Zelt, Turnhalle oder Wohnung	47
Die Rolle der privaten Wachdienste	51
Abgelehnt, aber geduldet	54
Kinder auf der Flucht	57
Schule und Ausbildung	65
V. Politisches	71
Gefährlich: Fremdenhass	76
Die Uneinigkeit in Europa	80
Deutsche Flüchtlingspolitik	84
Wenn zwei sich streiten, freut sich der Bund?	93
Heikel: Kirchenasyl	97
Braucht Deutschland ein Einwanderungsgesetz?	101
VI. Helfen	111
Wenn Ehrenamtliche anpacken	114
Flüchtlingshilfe vor Ort	120
Zwei Beispiele	123
<i>Sozialpastorales Zentrum Duisburg-Hochfeld</i>	124
<i>youngcaritas</i>	127

VII. Zuwanderung als Chance	133
VIII. Heute an morgen denken	147
IX. Epilog	161
X. Literatur/Links/Abkürzungen	171

Vorwort

Rund 60 Millionen Menschen waren 2015 weltweit auf der Flucht vor Krieg und Hunger. Das sind die höchsten Zahlen seit dem Zweiten Weltkrieg. 2015 wird Deutschland über eine Million Flüchtlinge aufgenommen haben. Wenig deutet darauf hin, dass 2016 die Krisen und Konflikte in Syrien, im Irak, im Südsudan, in Zentralafrika oder in den von Ebola betroffenen Ländern abnehmen werden. Auch die kriegerischen Auseinandersetzungen in der Ukraine werden allen politischen Willensbekundungen zum Trotz weitergehen. Der Islamische Staat wird auch 2016 Krieg und Terror verbreiten. Schon jetzt kontrolliert er große Gebiete im Irak und in Syrien sowie kleinere Gebiete in Libyen. Die islamistische Terrorgruppe Boko Haram, die im Norden Nigerias ihr Unwesen treibt und die Scharia einführen will, wird dieses Ziel 2016 sicher nicht aufgeben.

Von Entspannung und Friedensverhandlungen ist man, so scheint es, weiter entfernt denn je. So werden 2016 nicht weniger Menschen auf der Flucht sein als 2015.

Dass viele Menschen aus den Krisenregionen Europa als Ziel wählen, sollte uns nicht überraschen. Der Wohlstand, die Freiheit und die Aussicht auf Arbeit führen dazu, dass viele nach Europa kommen. Europa bedeutet Sicherheit und Wohlstand. Dabei ist aber auch zu bedenken, dass die unmittelbaren Nachbarländer bzw. die Länder in der näheren Region für Flüchtlinge oftmals keine Alternative darstellen. Sie sind zum Teil hoffnungslos überfordert (etwa der Libanon) und können den Flüchtlingen oft weder Sicherheit noch hinnehmbare Überlebensbedingungen bieten. Das gilt etwa für syrische Flüchtlinge in der Türkei.

Hinter den Flüchtlingszahlen verbergen sich menschliche Einzelschicksale, große Leiderfahrungen, die wir deutsche Normalbürger nicht kennen und hoffentlich auch niemals selbst erleben werden. Wir können uns nicht vorstellen, wie es ist, wenn man auf der Flucht ist, all sein Hab und Gut verloren hat und fremden Menschen völlig ausgeliefert ist. Besonders die Kinder leiden darunter. Sie erleben Schreckliches, sind größtenteils verängstigt und verstehen auch nicht, was um sie herum geschieht. Sicherheit, Ge-

borgenheit und Schutz erleben sie auf der Flucht sicher nicht. Etwa 30.000 Kinder und Jugendliche kamen 2015 ganz allein nach Deutschland. Sie haben Furchtbares erlebt, wurden an Leib und Seele verletzt.

Ungeachtet der großen Hilfsbereitschaft in Deutschland und der vielen Flüchtlingsinitiativen gibt es nicht wenige, die die Aufnahme von Flüchtlingen begrenzen wollen. Diese „Kritiker“ pauschal in die rechtsextreme Ecke zu stellen wäre ungerecht und der Situation nicht angemessen.

Ängste lassen sich nicht einfach beiseiteschieben, sondern müssen ernst genommen und besprochen werden. Den Dialog wird es nur dann geben, wenn alle Beteiligten den grundsätzlichen Willen zu einer Lösung bekunden. Dann kann es gelingen, Ressentiments und Vorurteile abzubauen. Nicht nur an den Stammtischen wird gerne pauschal von „den Flüchtlingen“ geredet, die „auf unsere Kosten in Deutschland leben“. Hinter solchen Sprüchen versteckt sich durchaus eine latente Fremdenfeindlichkeit, aber eben auch Sorge, Angst und Hilflosigkeit. Als Reaktion darauf und um sich nicht mit den Einzelschicksalen auseinandersetzen zu müssen, behilft man sich mit pauschalen Zuweisungen und Vorurteilen.

Das Jahr 2015 hat Deutschland und Österreich nachhaltig verändert. Die enorme Hilfsbereitschaft der Deutschen, aber auch das beherzte Eintreten der Bundeskanzlerin für die Aufnahme von Flüchtlingen hätte so wohl niemand ohne Weiteres für möglich gehalten.

Damit die positive Grundeinstellung der Deutschen zu den Flüchtlingen nicht kippt, sollte die Bevölkerung gut und umfassend informiert und, wo möglich, in die Prozesse eingebunden werden. Darüber hinaus sollte man Formen der Begegnung ermöglichen, damit aus Fremden Freunde werden können. Das gelingt nicht, wenn man Flüchtlinge in abgelegenen Flüchtlingsunterkünften separiert.

Es hat bereits vor einigen Jahren Anzeichen dafür gegeben, dass die Flüchtlingszahlen deutlich steigen könnten. Dass die Politik

diese Warnungen nicht ernst genommen hat, darf und muss man ihr anlasten dürfen. Eine nachhaltige und strategisch ausgerichtete Flüchtlingspolitik ist (noch) nicht Realität. Es gibt Ansätze, jedoch auch viele politische Meinungsverschiedenheiten quer durch die Parteien.

Um die Flüchtlingskrise nicht nur kurzfristig zu meistern, sondern langfristige Perspektiven zu entwickeln, benötigen wir gesamtgesellschaftliche Anstrengungen aller Parteien, Länder, Kommunen, Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Stiftungen, Kultureinrichtungen, Vereine, der Wirtschaft, Bürgerinitiativen und nicht zuletzt der vielen Bürgerinnen und Bürger (um der besseren Lesbarkeit willen wird im Folgenden die männliche Form gewählt).

Die täglichen Scharmützel in den Medien zwischen den Regierungsparteien, der Regierung und der Opposition, zwischen Kommunen und Ländern sowie zwischen den Ländern und dem Bund zeigen deutlich, dass es bisher (noch) keine gemeinsame politische Linie gibt. Ein wegweisender Aufbruch war sicherlich die Initiative der Bundeskanzlerin, die im August 2015 das Thema zur Chefsache erklärte. *Spiegel Online* verlieh ihr in diesem Zusammenhang süffisant den Titel „Flüchtlingskanzlerin“.

Für viele Bürger entsteht der Eindruck, dass die Politik Flickschusterei betreibt und durch die Zahl der Flüchtlinge überfordert wirkt, zumal täglich neue Meldungen über die Medienticker gehen und ein Flüchtlingsgipfel nach dem anderen organisiert wird. Die politische Elite spricht über das Thema, es gibt Vereinbarungen, und dennoch wirkt vieles unstrukturiert und konfus. Es ist nicht klar, was die Bundesregierung nun genau will, und eine Strategie fehlt anscheinend.

Länderpolitiker wie Bundespolitiker wissen, dass die Hauptlast der Kosten bei den Kommunen hängt. Diese ächzen über die enorme Schuldenlast, die sie stemmen müssen, und sollen nun auch noch über die arg strapazierten Haushalte die Flüchtlingsunterkünfte finanzieren. Hier wird sich etwas grundlegend ändern müssen. Die Kompetenzschacherei muss aufhören, der Bund muss die Länder entlasten, die wiederum den Kommunen mehr

Geld zur Verfügung stellen müssen. Die Länder fordern zwar immer Geld vom Bund, das sie zum Teil erhalten, das sie jedoch nicht komplett an die Kommunen weitergeben.

Das Kompetenzgerangel führt auf mehreren Ebenen zu fatalen Entwicklungen.

Erstens: Die Flüchtlinge werden in einen Topf geworfen, weil die Verfahren standardisiert sind. Doch Flüchtlinge aus dem Irak brauchen eine andere Unterstützung als jene aus Nigeria oder den Balkanstaaten. Außerdem muss man zwischen Flüchtlingen und Zuwanderern (Migranten) unterscheiden.

Zweitens: Die Bevölkerung wird verunsichert, ist gespalten in der Frage, ob sie nun helfen soll oder nicht. Die einen sagen, Deutschland sei kein Einwanderungsland, andere betonen, dass wir die syrischen Ärzte als Fachkräfte dringend brauchen. Flüchtlinge mit einer speziellen Qualifikation sind als potenzielle Arbeitskräfte willkommen, jene mit niedriger Qualifikation nicht. Flüchtlinge auf ihre beruflichen Qualifikationen zu reduzieren stellt noch keine nachhaltige Flüchtlingspolitik dar.

Drittens: Die Spannungen im Verhältnis zwischen Bund und Ländern bzw. zwischen einem Land und den Kommunen verstärken sich. Die Kommunikation zwischen den Ebenen funktioniert nicht gut. Schuld sind dabei immer die anderen. Das aber hilft in der gegenwärtigen Situation nicht weiter.

Viertens: Das Image und die Glaubwürdigkeit von Politikern und Parteien leiden. Die Art und Weise, wie sich Politiker zum Teil auf Kosten der Flüchtlinge profilieren, ist empörend, hilft in der Sache nicht und schadet dem Ansehen der gesamten politischen Elite. Damit entsteht der Eindruck, dass die Flüchtlinge wie auf einem Verschiebebahnhof hin- und hergeschoben werden.

Fünftens: Die Bereitschaft, den Flüchtlingen zu helfen, ist in allen gesellschaftlichen Milieus anzutreffen und gilt als vorbildlich. Tausende von Ehrenamtlichen engagieren sich für Flüchtlinge in ganz unterschiedlicher Weise. So beeindruckend diese Zahlen sind: Die Unterstützung braucht eine gute Koordination, und hier gibt es noch Nachholbedarf.

Es gibt bereits Ansätze für eine Neujustierung und sogar eine Vision in der Flüchtlingspolitik, und auch die Politik hat erkannt, dass Deutschland in der Flüchtlingsfrage vor einem Paradigmenwechsel steht.

Es geht nicht mehr nur darum, ob und wie viele Flüchtlinge Deutschland aufnehmen kann, sondern viel grundlegender darum, dass Deutschland ein Einwanderungsland geworden ist. Diese Erkenntnis mag für manche schmerzhaft sein, führt aber dazu, dass Deutschland eben bunter und heterogener wird.

Die Herausforderung lautet daher nicht nur, wie der Zuzug von Menschen aus Staaten außerhalb der EU gesteuert werden kann, sondern auch, wie es politisch, kulturell, wirtschaftlich und sozial gelingt, diese neuen Mitbürger zu integrieren.

Die Welt um uns herum ist kleiner geworden, und es werden in den kommenden Jahren Millionen Menschen wandern, weil sie in ihren Herkunftsländern keine Lebensgrundlage mehr haben. Viele werden Europa als Ziel auswählen, und viele davon Deutschland.

Warum verlassen Menschen ihre Heimat und machen sich auf den lebensgefährlichen Weg nach Europa und Deutschland? Und wenn sie es geschafft haben: Wie werden sie im vermeintlichen „Paradies“ aufgenommen? Damit stellt sich auch die Frage, ob das Asylrecht in dieser Form Bestand haben kann. Deutschland kann die Flüchtlingskrise nicht für Europa lösen, vielmehr benötigen wir neben politischen Entscheidungen Strategien beim Zuzug und der Integration.

An der Flüchtlingskrise wird sich zeigen, wie Europas Zukunft aussehen wird und ob es gelingt, Europa weiterzubauen.

Viele Menschen helfen und tun dies in Initiativen und Vereinen vor Ort. Fast überall gibt es eine hohe Hilfsbereitschaft, Menschen spenden Sachleistungen, organisieren Wohnungen und helfen den Flüchtlingen bei Behördengängen und vielem mehr.

Mögen einige Beispiele idealerweise dazu beitragen, dass Sie, liebe Leserin, lieber Leser, sich weiterhin engagieren oder vielleicht darüber nachdenken, es künftig zu tun.

Das Buch informiert über den aktuellen Sachstand zum Thema Flucht und Asyl.

Ich hoffe, dass Sie, lieber Leser, liebe Leserin, die Sie bereits in der Flüchtlingsarbeit engagiert sind, einige Anregungen entdecken, die Ihnen bei Ihrer so wichtigen Tätigkeit helfen. Sollte die Lektüre dazu führen, dass Sie sich entschließen, sich für Flüchtlinge und Zuwanderer aktiv einzusetzen, wäre das Ziel des Buches mehr als erreicht.

Dülmen, November 2015
Jürgen Holtkamp

VIII.

Heute an morgen
denken

Damit die Überschrift nicht falsch gedeutet wird, möchte ich sie zunächst etwas einordnen. Wir können – trotz der Computermodelle und anderer technischer Geräte – die Zukunft nicht wirklich voraussagen. Das gilt im Grunde für alle gesellschaftlichen Tendenzen, auch wenn uns die Zukunftsforscher etwas anderes vorgaukeln. Selbst die Prognosen bei Landtags- und Bundestagswahlen zeigen doch, wie ungenau Vorhersagen letztlich sind. Die viel gepriesenen Wetterapps mögen zwar einen 14-tägigen Trend voraussagen; das bedeutet aber nicht, dass das Wetter sich genauso verhält. Nun könnte man einwenden, dass die Technik noch nicht ausgereift ist. Viel entscheidender scheint mir jedoch zu sein, dass sich die Parameter laufend verändern und die damit verbundenen Wechselwirkungen eine seriöse Voraussage schwierig, wenn nicht gar unmöglich machen. Ein gutes Beispiel stellt die Finanzkrise von 2008 dar, die in Fachkreisen nicht vorausgesehen wurde.

So gibt es eine menschliche Tendenz, unangenehme Aufgaben in die Zukunft zu verschieben. Weil man nicht weiß, wie man die Herausforderung bewältigen kann, wird sie auf die nächste Generation verlagert. Begründet wird diese unter anderem damit, dass Forschungsergebnisse fehlen. Es gibt viele Beispiele, die ich hier anführen kann, wie die Rente, die Atomkraft oder der Klimawandel. Man redet das Problem klein, ignoriert es und kann so tun, als bliebe alles beim Alten. Für den Fortbestand einer Gesellschaft ist das höchst gefährlich.

Mag uns der Blick in die Glaskugel nicht die Zukunft vorherzusagen, so können wir uns dennoch vorbereiten. Eigentlich haben wir sogar die Pflicht dazu und können nicht einfach so weitermachen wie bisher, oder noch schlimmer, einfach abwarten. Das wäre meines Erachtens grob fahrlässig. Diese Erkenntnis auf die Politik übertragen bedeutet, dass sie Entscheidungen treffen muss, auch wenn diese nicht die Besten aller Möglichkeiten darstellen sollten und womöglich gewisse Ungerechtigkeiten und Einseitigkeiten in sich tragen.

Wer entscheidet, übernimmt und trägt Verantwortung. Das

Schlimmste wäre, die Verantwortung nicht zu übernehmen, sie anderen zu übertragen.

Es braucht Mut, die eigene Position zu halten, wenn der Widerstand groß ist, so wie wir das zurzeit bei der Flüchtlingskrise erleben. Und man wird auch nicht alle gleichermaßen überzeugen können, wie es die Bundeskanzlerin versucht. Es wird Menschen, Freunde und Parteimitglieder geben, die diesen Weg nicht mitgehen können oder wollen. Muss man auf sie Rücksicht nehmen und womöglich die Zukunft verspielen? Politik muss Positionen aushandeln und Mehrheiten gewinnen; diese Mehrheiten sind es, die die Richtung angeben.

Wir können nur mutmaßen, ob 2016, 2017 und 2018 wieder Hunderttausende Flüchtlinge nach Deutschland kommen. Wir wussten Anfang 2015 auch nicht, dass Deutschland am Ende dieses Jahres mehr als eine Million Flüchtlinge aufnehmen wird. Sicher gibt es Indikatoren, die wir ermitteln können und die uns sagen, wie wahrscheinlich es ist, dass in den nächsten Jahren wieder Hunderttausende kommen. Diese gilt es sorgfältig zu beobachten.

Die Bundesregierung kommt nun den Forderungen der Länder und Kommunen nach finanzieller Entlastung bei der Versorgung von Flüchtlingen entgegen. Bundeskanzlerin Angela Merkel, Finanzminister Wolfgang Schäuble und die Ministerpräsidenten verständigten sich beim Flüchtlingsgipfel im September 2015 in Berlin darauf, dass der Bund wesentliche Teile der Kosten für die Versorgung und Unterbringung der Bürgerkriegsflüchtlinge und Asylbewerber übernimmt. Für 2015 überlässt der Bund den Ländern zunächst eine Milliarde Euro zusätzlich zu den bereits zugesagten Hilfen. Für 2016 erhielten die Länder dann zunächst 2,68 Milliarden Euro. Diesem Betrag zugrunde liegt eine Pauschale von monatlich 670 Euro pro Flüchtling vom Tag der Erstregistrierung bis zum Abschluss des Asylverfahrens. Bisher kalkuliert der Bund mit 800 000 Flüchtlingen im Jahr 2015 und einer Verfahrensdauer von fünf Monaten. Die tatsächlichen Kosten sollen Ende 2016 abgerechnet werden. Damit geht der Bund in Vorleistung und übernimmt auch das Risiko für den Fall, dass die Asylverfahren

länger dauern. Das Geld soll über das Finanzausgleichsgesetz vom Bund an die Länder gehen, die es an die Kommunen weiterleiten. Zur weiteren Entlastung der Länder bringt der Bund 500 Millionen Euro für den sozialen Wohnungsbau auf und gibt 350 Millionen Euro für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Die Gipfelteilnehmer im Kanzleramt einigten sich auch darauf, die frei werdenden Mittel aus dem vom Verfassungsgericht gekippten Betreuungsgeld den Ländern zu überlassen. Sie sollen für die Familienpolitik verwendet werden.

Eine solche Zusage hat es seit Bestehen der Bundesrepublik noch nie gegeben. Die Kosten für die Finanzierung sollen aus dem laufenden Haushaltsjahr (6 Milliarden Euro) entnommen werden. Es gibt sogar noch einen Puffer von 3 Milliarden Euro. Damit kommt der Bund Ländern und Kommunen bei den Kosten deutlich entgegen.

Sicherlich haben die Aussagen von Angela Merkel zur Flüchtlingspolitik ihre Wirkung nicht verfehlt, wobei sie vermieden hat, eine Obergrenze bei den Asylverfahren zu benennen. Hier darf man der Kanzlerin durchaus politische Weitsicht attestieren. Denn niemand kann sagen, ob die Zahlen in den nächsten Jahren steigen oder sinken. Die deutsche Politik muss nämlich anerkennen, dass sie nur bedingt Einfluss darauf hat, wie und wann Flüchtlinge und Migranten nach Deutschland kommen. Das macht es auch so schwer, genügend Unterkünfte in kurzer Zeit bereitzustellen. Das Ziel der Bundesregierung besteht darin, das Dublin-Verfahren wieder einzuführen. Die Flüchtlinge sollen an Europas Rändern registriert und dann verteilt werden.

Die Chancen für eine Einigung in der EU sind gestiegen, denn Deutschland ist in der Flüchtlingskrise von den südeuropäischen Staaten abhängig. Griechenland und auch andere Länder lassen die Flüchtlinge, ohne sie zu registrieren, weiterziehen. Damit hat sich das Machtgefälle innerhalb der EU auch verschoben, weil diese Staaten nun den Druck weitergeben und eben nicht mehr als Partner an der Seite Deutschlands stehen. Sehr zweifelhaft ist, ob das Dublin-Verfahren noch gerettet werden kann. Wenn nicht,

brauchen wir in der EU ein Kontingentsystem, an dem zurzeit gearbeitet wird.

Die Grenzen zu den Nachbarstaaten zu schließen stellt für die Bundesregierung keine wirkliche Option dar, wäre es doch ein Rückschritt in den Nationalismus. Viel wichtiger wird es sein, ein europäisches Asylsystem zu entwickeln und zwar mit allen. Die Diplomatie wäre nun am Zug.

Eine zunehmende Herausforderung stellt das Gesetz über die allgemeine Freizügigkeit von Unionsbürgern (http://www.gesetze-im-internet.de/freiz_gg_eu_2004/index.html) dar. Dieses regelt den Aufenthalt von Staatsangehörigen anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union und ihrer Familienangehörigen. Die EU-Bürger haben ein Recht auf Freizügigkeit, also auf Ausreise aus dem Herkunftsland und auf Einreise in das Zielland. Allerdings gibt es eine Einschränkung. Sie müssen entweder auf Arbeitssuche sein oder als Arbeitnehmer oder Selbstständiger erwerbstätig sein. Rumänen, Mazedonier oder Albaner dürfen ebenso nach Deutschland einreisen wie Niederländer oder Italiener.

Wer über hinreichende Finanzmittel verfügt und sich selbst krankenversichern kann, darf sich dauerhaft in Deutschland aufhalten. Diese Prinzipien gelten auch für die Familienangehörigen. Bei einem Aufenthalt von bis zu drei Monaten genügt der Personalausweis oder Reisepass, was vor allem für Saisonarbeiter attraktiv ist, wie im Spargelanbau.

Die Freizügigkeit stellt ein hohes Gut in der Europäischen Union dar, das niemand in Brüssel leichtfertig aufs Spiel setzen wird. Wenn nun die Debatte aufflammt, dass jedes EU-Land eigene Grenzkontrollen einführt, hätte das fatale Auswirkungen nicht nur für die EU-Bürger, sondern auch für den gesamten Wirtschaftsraum.

Ungeachtet der vorhandenen internationalen Rechtsvereinbarungen wird jedes EU-Land eine Antwort auf die Frage geben müssen, unter welchen Voraussetzungen Personen aus EU-Staaten eine Bleibeperspektive erhalten.

Kann der arbeitslose Rumäne oder der Bauer aus Eritrea dauerhaft in Deutschland bleiben, obwohl er nicht in die Kategorie

Flüchtling fällt? Welche Chancen hat er wohl auf dem Arbeitsmarkt? Welche Qualifikationen könnte er nachholen? Nach welchen Kriterien dürfen Migranten nach Deutschland einreisen?

Die Politik versucht, die Migrationsbewegungen zu steuern, beispielsweise durch die Entwicklungspolitik. Man gewährt den Herkunftsländern Finanzmittel, wenn diese die Wanderungsbewegungen eindämmen und Maßnahmen ergreifen, damit die Menschen nicht auswandern. Die ausreisewilligen Migranten werden in der Ausreise benachteiligt, weshalb sie auf gefährliche Reiserouten ausweichen.

Das verbrieftete Recht der Reisefreiheit der EU-Bürger wird mittlerweile zunehmend als Problem wahrgenommen, und die Freizügigkeit soll eingeschränkt werden. Menschen aus den Westbalkanstaaten werden als „Sozialtouristen“ verschmäht. Niemand wird bestreiten, dass die Zuwanderung aus den Westbalkanstaaten ohne Probleme verläuft, aber diese Art der Zuwanderung ist nun wirklich nicht neu!

Es passte in die Vision von Europa, viele Staaten – auch die Balkanstaaten – aufzunehmen. Können wir es den Menschen verwehren, dass sie als EU-Bürger von ihrer Reisefreizügigkeit Gebrauch machen? Deutschland und die anderen EU-Staaten haben für ihren Beitritt aus politischen Gründen gestimmt. Bekannt war auch, dass es ein Armutsgefälle in der Europäischen Union von West nach Ost gibt. Es war doch absehbar, dass viele Menschen die Chance nutzen und wandern würden.

Die Regierungschefs dachten politisch weit. Auch Deutschland wollte, dass die Balkanstaaten in die Europäische Union, schon aus geostrategischen Gründen, aufgenommen werden. Nur hätte man dann auch die wirtschaftlichen Folgen genauer untersuchen sollen. Sich jetzt darüber zu beschweren, dass diese Menschen kommen und alles viele teurer wird als geplant, wirkt scheinheilig.

In der Flüchtlingskrise stellt sich die Situation etwas anders dar. Hier wirbt Deutschland bei den EU-Staaten um die Anwendung der Dublin-Verordnung, jedoch ist eine politische Lösung

derzeit nicht in Sicht. So wird das Sterben vor den Küsten Europas und an den Grenzzäunen vorläufig weitergehen.

Deutschland versucht in den Herkunftsländern die Menschen über ihre Bleibeperspektiven aufzuklären. Das ist sehr aufwendig, weil die Kommunikationsstrukturen in den Bürgerkriegsstaaten mehr oder minder zerstört wurden.

Erleichterte Einwanderungsbedingungen für Fachkräfte benachteiligen jene, die gering qualifiziert sind. Das ist unfair und sollte geändert werden. Alle sollten die gleichen Rechte und Chancen auf Bildung haben. Außerdem würden damit illegale Einreisen eingedämmt.

Das Recht in der Europäischen Union auf Reisefreizügigkeit stellt ein hohes Gut dar, gilt für alle, für Reiche wie für Arme, und darf nicht aufgegeben werden.

Wenn Arbeitskräfte aus dem Ausland angeworben werden, sollte bedacht werden, dass das Herkunftsland junge und qualifizierte Menschen verliert und damit die Innovations- und Wirtschaftskraft des Herkunftslandes geschwächt wird. Darum sollte es den Migranten möglich sein, weiterhin den Kontakt zum Herkunftsland zu halten, sofern das möglich ist.

„Menschenschutz vor Grenzschutz“ lautet die treffende Formulierung im Positionspapier der Caritas (<http://www.caritas.de/fuerprofis/presse/stellungnahmen/09-28-2015-standards-der-asylverfahren-und-des-verfassungsrechts-bewah>). So notwendig es politisch ist, die Schlepperbanden zu bekämpfen, so müsste diese Maßnahme doch in eine Gesamtstrategie eingebunden sein, zu der es auch gehört, legale Zugangswege nach Europa und Deutschland zu eröffnen. Die vergangenen Monate sollten gezeigt haben, dass man die illegale Einreise nicht verhindern kann, es sei denn, man zieht Grenzzäune und baut Mauern um Europa.

Darum bedarf es humanitärer Aufnahmeprogramme und des Resettlements, das einer genau definierten Personengruppe den dauerhaften Aufenthalt in Deutschland ermöglicht; allerdings sind die Plätze begrenzt. Voraussetzung für Resettlement ist, dass eine baldige freiwillige Rückkehr der Flüchtlinge in das Herkunftsland

nicht möglich ist. Die Politik wird sich auch davon verabschieden müssen, dass diese Programme zeitlich befristet sein werden; dazu gibt es zu viele und zu langwierige Konflikte in der Welt.

Die geschätzte eine Million Flüchtlinge, die 2015 nach Deutschland gekommen sind, stellen eine finanzielle Belastung dar; das spüren aber auch Italien, Griechenland und viele andere Länder. Die finanzielle Last wird in der Europäischen Union nicht gerecht verteilt.

Eine gemeinsame Quote wurde von der Europäischen Kommission vorgeschlagen, bei deren Berechnung Wirtschaftskraft und Arbeitslosenzahl berücksichtigt werden. Dieser Plan konnte bisher nicht realisiert werden, weil sich insbesondere die osteuropäischen Staaten gegen den Vorschlag stellten. Wenn Italien und Griechenland die Flüchtlinge einfach weiterziehen lassen, Ungarn einen Grenzzaun errichtet und in Europa wieder Grenzkontrollen einführt, sind das keine guten Entwicklungen.

Europa driftet so immer weiter auseinander. Dringend geboten ist eine Annäherung und Verständigung über ein gemeinsames Vorgehen in der Asyl- und Flüchtlingskrise in Europa. Notwendig sind einheitliche Standards beim Asylverfahren, in der Unterbringung und bei der Anerkennung.

So wichtig diese Maßnahmen sind, sie werden nichts daran ändern, dass immer Menschen eine Perspektive in Europa suchen. Europa braucht daher legale Zugangswege. Der politische Anspruch sollte sein, die Fluchtursachen nachhaltig zu bekämpfen.

Gelingt es, den Islamischen Staat zurückzudrängen und den Bürgerkrieg in Syrien zu beenden, dann müssen die Menschen nicht mehr flüchten. Gelingt es, die Krise in der Ukraine zu entschärfen, dann werden die Menschen dort bleiben. Gelingt es, die Lebenssituation und die Arbeitslosigkeit in den Balkanstaaten, in Rumänien oder Albanien zu verringern, dann werden die Menschen ihre Heimat nicht verlassen.

Es ist leicht, darüber zu schreiben und Forderungen zu stellen. Doch ohne die politische Lösung werden wir weiterhin sehr hohe Flüchtlingszahlen haben. Weil die Europäische Union so uneins

ist, liegt eine besondere Verantwortung bei Deutschland, das gemeinsam mit Frankreich nach Lösungen suchen muss. Das sollte übrigens auch in unserem eigenen Interesse sein.

Wer das Asylrecht ernst nimmt, der muss auch dessen Regeln einhalten, und dazu gehört, dass ein abgelehnter Asylantrag dazu führt, Deutschland zu verlassen. Das Asylrecht stellt nicht die Eintrittskarte für Einwanderer dar, und es sollte auch nicht als Vehikel dienen, um der Armut und Perspektivlosigkeit im Herkunftsland zu entfliehen. Menschen aus dem Kosovo und Minderheiten wie die Roma haben ein schwieriges Leben in ihren Herkunftsstaaten, dennoch lässt es sich nicht gleichsetzen mit dem der Bürgerkriegsflüchtlinge aus Syrien, so bitter das für die Betroffenen ist: Die Chancen für Asylbewerber aus den Balkanstaaten sind seit Jahren sehr gering, und viele Verwaltungsgerichte haben dies in der Vergangenheit bestätigt. Ihr Asylantrag muss selbstverständlich geprüft werden, auch wenn die Aussichten von vornherein schlecht stehen. Das gebieten schon die Fairness und unser gesellschaftliches Selbstverständnis. Damit die Verfahren zügig abgeschlossen werden können, kann eine zentrale Unterkunft von Vorteil sein, vorausgesetzt, die Standards (keine Überbelegung ...) werden eingehalten.

Die aktuelle Flüchtlingskrise führt zu Grenzerfahrungen auf unterschiedlichen Ebenen: den Kommunen, den Ländern und auch beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF).

Die Töne werden rauer. So sollen nach dem Willen der CDU/CSU Flüchtlinge, die keinen Anspruch auf Asyl haben, bereits vor der Einreise abgewiesen werden. Dahinter steckt die Idee von Schnellverfahren an den deutschen Grenzen, sogenannten Transitzone. Die Flüchtlinge würden dann an der Grenze zunächst festgesetzt. Seit Oktober 2015 liegt nun ein Gesetzentwurf des Innenministeriums vor. Die Kritik daran ließ nicht lange auf sich warten. Pro Asyl und andere sprechen von „Internierungslagern“. So etwas gibt es bereits an Flughäfen, wenn Asylbewerber mit dem Flugzeug nach Deutschland einreisen. Wer dann keine Ausweispapiere vorweisen kann oder aus einem sicheren Herkunftsland

einreist, wird im Flughafen festgehalten, und das Asylgesuch wird binnen weniger Tage bearbeitet. Bei Ablehnung erfolgt die sofortige Abschiebung.

Grundsätzlich wäre ein solches Verfahren übertragbar, vorausgesetzt, es gibt Grenzkontrollen. Es spricht einiges dafür, dass diese Regelung gezielt gegen Menschen aus sicheren Herkunftsländern eingesetzt werden soll.

Der Präsident des Deutschen Caritasverbandes, Prof. Dr. Peter Neher, betont zu Recht: „Was wir dringend brauchen, ist eine intensive Debatte in der EU über legale und sichere Einreisemöglichkeiten. Wenn wir wirklich wirksam dagegen vorgehen wollen, dass immer wieder Menschen im Mittelmeer ihr Grab finden, müssen wir die Abschottungspolitik der EU beenden.“ Mit dieser Forderung steht der Deutsche Caritasverband nicht allein; viele Hilfsorganisationen (<http://www.focus.de/schlagwoerter/organisationen/f/fluechtlingswerk/>) fordern dies ebenfalls ein.

Wenn sich die Europäische Union als Gemeinschaft versteht, müssen alle EU-Länder Flüchtlinge aufnehmen und sich der Verantwortung stellen. Das zeigt aber auch, dass die bisherigen Maßnahmen in der Flüchtlingspolitik der Europäischen Union zu kurz gegriffen haben. Zu bedauern, dass wieder ein seuntüchtiges Boot im Mittelmeer mit mehreren Hundert Flüchtlingen untergegangen ist, reicht nicht. Die Seenotrettung muss neu organisiert werden. Das Programm Triton kann diese Aufgaben der Seenotrettung nicht leisten. So fordert der Deutsche Caritasverband, Mare Nostrum wieder ins Leben zu rufen.

Die Spendenbereitschaft und das Engagement der Deutschen für Flüchtlinge gelten als vorbildlich, und doch reicht das Geld nicht mehr, um vor Ort Hilfe leisten zu können. Die Hilfsorganisationen weisen seit Monaten darauf hin, dass die Finanzlage für sie immer schwieriger wird. Die Organisation Oxfam schätzt, dass 2015 rund 8,7 Milliarden US-Dollar benötigt werden, um die steigende Anzahl von Flüchtlingen betreuen zu können. Gerade die Situation in Syrien und im Irak wird immer schwieriger. Auch das Rote Kreuz weist eindringlich darauf hin, dass die Mittel nicht

reichen, um die Flüchtlinge in den Lagern auch nur annähernd menschenwürdig zu versorgen. Die größte Hilfsorganisation der Welt, das Welternährungsprogramm (WFP), musste bereits im Januar 2015 seine Leistungen beschränken. Das hat fatale Auswirkungen, denn statt der 2100 Kalorien pro Tag und Person können nur noch 1300 Kalorien nach Syrien geschickt werden, und das ist erst der Anfang. In einem weiteren Schritt soll der Kreis der Hilfeempfänger eingeschränkt werden. Laut der Präsidentin des Welternährungsprogramms fehlen 158 Millionen Dollar im ersten Halbjahr. Das Welternährungsprogramm ist zu 98 Prozent von Spenden abhängig, und die wiederum kommen von den Regierungen! Und obwohl Spendenappelle des Welternährungsprogramms sehr erfolgreich sind – 2014 konnten 5,4 Milliarden Dollar eingenommen werden –, stieg der Bedarf im gleichen Jahr auf 7,4 Milliarden Dollar.

Die Lage ist also so ernst wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr, und vom UN-Millenniumsziel „Zero Hunger“ ist man deutlich entfernt. Denn es geht nicht nur darum, die schlimmste Not zu lindern, sondern nachhaltige Aufbauarbeit zu leisten, damit in Zukunft möglichst wenige oder besser gar keine Hungersnöte mehr entstehen.

Wie viele Menschen kann Deutschland kurz-, mittel- und langfristig aufnehmen? Eine Frage, die sich viele stellen. Eine befriedigende Antwort gibt es darauf bislang nicht, wohl aber sehr unterschiedliche Meinungen. Anfang Oktober 2015 schockte die *Bildzeitung* mit der Zahl „1,5 Millionen“ die Bevölkerung. Das Innenministerium dementierte diese Aussage zwar, musste aber auch einräumen, dass genaue Prognosen aufgrund vieler verschiedener Faktoren seriös nicht zu treffen sind.

Zwar betont Bundeskanzlerin Merkel, dass Deutschland viel leisten kann, doch auch sie vermeidet es, eine konkrete Zahl zu nennen.

Da sich auch die Flüchtlingsrouten geändert haben, werden auch in den Herbst- und Wintermonaten weiterhin Flüchtlinge nach Europa kommen. Selbst die Verschärfung des Asylrechtes führt eher mittelfristig zu einer möglichen Entlastung.

Eine zukunftsweisende Maßnahme wäre es, die wirtschaftliche Lage der Balkanstaaten zu stabilisieren. Andere Maßnahmen gehen dahin, den Kampf gegen die Schlepperbanden zu verschärfen. Nur: Nützt das nachhaltig bei einem so profitablen Geschäft? Man könnte die Entwicklungshilfe aufstocken, damit die Menschen in ihren Ländern bleiben. Doch wenn das Geld in die Taschen korrupter Staatschefs und Familienclans fließt, die das Geld lieber auf Schweizer Konten überweisen als in den Ausbau der Wirtschaft und der Bildung zu investieren: Wird das die Flüchtlinge abhalten? Wohl kaum.

Weil Deutschland beim Asylrecht an die EU-Richtlinien gebunden ist, schränkt dies nicht nur den Handlungsspielraum ein, sondern das EU-Recht bestimmt auch das deutsche Asylrecht. Selbst wenn Deutschland das Grundgesetz ändern würde, wäre der rechtliche Rahmen durch das EU-Recht nicht betroffen. Juristen sprechen in diesem Zusammenhang gerne von einem „rechtslosen Zustand“. Es gibt zwar keinen Rechtsanspruch auf Einwanderung, wohl aber eine Fülle von Rechtsmitteln, die dem Vollzug bei einer Ablehnung entgegenstehen. Darum sind die Verfahren schwierig und häufig langwierig.

Das Problem besteht also darin, dass zurzeit eine geordnete Einwanderung nicht möglich ist und dies auf mehreren Ebenen zu Problemen führt. Das zu korrigieren ist die eigentliche politische Herausforderung. Vermutlich wird dies nur gelingen, wenn die EU die Staaten an den Außengrenzen Europas finanziell unterstützt, damit sie die Flüchtlinge registrieren, um sie dann auf die europäischen Staaten nach einem festen Schlüssel zu verteilen. Dann können auch Asylverfahren an den Grenzen Europas durchgeführt werden.

Die aktuellen Fluchtbewegungen werden vermutlich nachhaltig die nächsten Jahre und Jahrzehnte prägend sein. Was können Europa und Deutschland tun? Wir werden unsere eigene Wirtschaftsweise überprüfen müssen. Partnerschaften mit den Flüchtlingslagern im Libanon können eine Hilfe sein, um den Menschen dort Lebensperspektiven zu eröffnen und ihnen dort eine Exis-

tenzgrundlage zu geben. Hierzu gehören auch Partnerschaften mit Syrien, dem Iran und Irak, die durch arabische und religiöse Teams unterstützt werden, um den Dialog zu fördern und Vorurteile abzubauen.

Gelingt es, die Fluchtursachen zu überwinden, werden weniger Menschen nach Europa kommen. Dazu gehört eben auch, finanzielle Mittel bereitzustellen und Flüchtlingsverteilungsprogramme zu initiieren, die es teilweise schon gibt, die aber nicht greifen. Den Menschen vor Ort zu helfen wird mittelfristig dazu führen, dass die Flüchtlingsströme abnehmen können.

Europa braucht sichere und legale Zugangswege und eine faire Verteilung, die rechtsverbindlich ist. EU-Staaten, die sich nicht daran halten, müssen sanktioniert werden.

Deutschland hat sich seit den 1980er-Jahren verändert und schottet sich nicht mehr ab. Große Teile der Bevölkerung leben eine Willkommenskultur und Vielfalt, stellen sich gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Integration wird heute auf einem ganz anderen Niveau gelebt als noch vor zwanzig Jahren. Unsere Gesellschaft ist heute besser für die bevorstehenden Herausforderungen gerüstet. Das sollte uns optimistisch stimmen. Und: Wir können jetzt ausprobieren, wie Deutschland 2030 als Einwanderungsland aussehen soll.